rung der ersten Versammlungen die Genehmigung der französischen Besatzungsbehörden erbat. 1949 wurden von Briel und Erwin Mock als Sozialdemokraten in den Stockacher Stadtrat gewählt.

Der stetige Aufbau unter den weiteren Ortsvorsitzenden Dr. Schatz, Roth, Fritz Wirbelauer, Heinrich Struckat und Karl Imhäuser, der zwischen 1962 und 1980 die Partei führte, führte zum größten Erfolg der Stockacher Sozialdemokraten im Jahre 1972, als man in der Kernstadt 40,1 % der Stimmen bei der Bundestagswahl auf sich vereinigen konnte.

Im Jubiläumsjahr wird der traditionsreiche Ortsverein von Klaus Delisle geleitet und hat ca. 80 Mitglieder. Dem Stadtrat gehören Karl Imhäuser, Klaus Delisle, Helmut Felgenhauer und Helmut Gerber an.

Klaus Delisle, Stockach

Bericht des Villinger Landrats Dr. Josef Astfäller über seine Tätigkeit beim Landratsamt Konstanz in den Jahren 1943 bis 1948

aufgezeichnet im August 1964

Als ich im März 1943 meinen Dienst als Regierungsrat beim Landratsamt in Konstanz antrat, war Dienststellenleiter Landrat Dr. Fritz Kauffmann. Sein Stellvertreter und einziger ihm noch verbliebener Beamter des höheren Dienstes war Regierungsrat Siegmar Schühly. Der größte Teil der Beamtenschaft war im Kriegseinsatz; den Dienst versahen in der Hauptsache Wehrdienstuntaugliche, Versehrte und Frauen.

Dr. Kauffmann war ein vornehmer, ruhiger und weltgewandter Mann, der jahrelang als Verwaltungsbeamter in den deutschen Kolonien (Afrika) lebte. Der Not gehorchend, war er Mitglied der NSDAP geworden, beteiligte sich aber in keiner Weise aktivistisch. Mit dem Kreisleiter und den Parteigrößen verstand er geschickt umzugehen, so daß keine offenen Gegensätze entstehen konnten. Bei öffentlichen Anlässen erschien er in der Uniform eines DRK-Führers, um – wie er mir sagte – nicht die SA-Uniform anziehen zu müssen.

Das ganze Obergeschoß des Landratsamtsgebäudes war Dienstwohnung und für das kinderlose Ehepaar Kauffmann zu groß. So wurden die Räume bald durch ausgebombte Verwandte aufgefüllt. Im Landratsamtsgebäude war nur ein Teil der Gesamtverwaltung untergebracht. Die Gewerbeabteilung und Preisbehörde befand sich im »Lanzenhof«, das Ernährungs- und Wirtschaftsamt in der »hinteren Sonne«, die Kreisverwaltung in einer früheren Herrschaftsvilla in Petershausen in der Nähe des Hallenbades.

Der Krieg hatte das Gesicht der Stadt Konstanz bereits weitgehend verändert. Die Grenzen zur Schweiz waren abgeriegelt, der Verkehr auf dem See äußerst eingeschränkt, der Stadtteil Petershausen am rechten Rheinufer verdunkelt, während die Altstadt Konstanz linksrheinisch beleuchtet war wie das angrenzende Kreuzlingen. Der Oberbürgermeister der Stadt Konstanz war beim Wehrdienst, die Geschäfte führte sein Stellvertreter, Bürgermeister Mager.

Im Herbst 1943 wurde Regierungsrat Schühly nach Chemnitz versetzt; seine Sachgebiete mußte ich übernehmen. Dennoch war die Arbeit zu bewältigen, denn viele Dinge blieben als kriegsunwichtig einfach liegen und wanderten in die Registratur »bis nach Kriegsende«. Viel Arbeit verursachte die Preisüberwachung, die Wohnraumbewirtschaftung, die Überwachung der Fremdarbeiter, die Grenzüberwachung zu Lande und auf dem See, Niederlassungsfragen in der Grenzzone und schließlich die Reisebeschränkungen für öffentliche Verkehrsmittel.

Die Bauabteilung wurde mehrmals aufgescheucht, als Bomben auf Liggeringen, auf Engen und Singen niedergingen und beträchtlichen Schaden anrichteten, der, so gut es ging, behoben werden mußte. Zu den Luftschutzübungen waren auch die Bediensteten des Landratsamts verpflichtet. Im Amtsgebäude mußte eine Brandwache gestellt werden der Art, daß turnusweise ein Beamter im Hause schlafen mußte.

Im Herbst 1944 wurde ich mit einer »Schippkolonne« (etwa 150 Männer aus dem Kreisgebiet) ins Elsaß abkommandiert. Wir mußten in Pfetterhausen (Burgundische Pforte nahe der Schweizer Grenze) Schützengräben ausheben.

Im Winter 1944/45 wurden die einigermaßen gesunden Bediensteten des Landratsamts mehrere Wochen abkommandiert, um beim Panzersperrenbau an den Kreuzlinger Grenzübergängen mitzuhelfen.

Die Stadt füllte sich immer mehr mit Flüchtlingen. Für die zurückverlagerten zivilen Dienststellen und für politische Flüchtlinge aus Frankreich, Belgien und Holland mußten Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden.

Im kommunalen Bereich war wenig los. Eine einzige Bürgermeisterversammlung auf der Reichenau mit Innenminister Pflaumer fand in dieser Zeit statt. Die Gemeindeselbstverwaltung konnte sich ja nicht entfalten; alles, was geschehen mußte, war kriegsbedingt und für freie Entscheidungen war kein Spielraum mehr.

Gegensätze zwischen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter waren oft nur schwer auszugleichen. Auch zwischen dem Kreisleiter und dem Landratsamt gab es mehrfach Meinungsverschiedenheiten. Sie führten

schließlich dazu, daß ich im März 1945 zum Volkssturm einberufen wurde, eine grüne Uniform und anfangs eine italienisches Gewehr ohne Munition, später nur mehr eine Panzerfaust zu tragen bekam und den Einmarsch der Franzosen in Konstanz nicht miterlebte.

Ich machte mit dem Konstanzer Volkssturm von Baden-Baden aus den Rückzug durch den Schwarzwald nach Süden mit. Als das Kriegsende bekannt wurde, saßen wir noch in den Wäldern um Mauenheim. Um nicht in Gefangenschaft zu geraten, strebten wir in kleinen Gruppen und auf nächtlichen Schleichwegen nach Konstanz. Fünf Tage nach Besetzung der Stadt traf ich dort ein und meldete mich nach zwei Tagen Rast beim Landratsamt zum Dienst zurück.

Landrat Dr. Kauffmann und seine Getreuen hatten in der Zwischenzeit alle wichtigen Papiere, insbesondere die fremdenpolizeilichen Unterlagen über die ausländischen Arbeiter sowie alle Verschlußsachen usw. verbrannt und harrten nun der Dinge, die da kommen sollten. Die tollsten Gerüchte gingen um, bange Erwartung, was die Franzosen nun tun würden, erfüllte alle. Die Verbindung in die Gemeinden hinaus war abgeschnitten, in der Stadt waren die französischen Fremdarbeiter plötzlich zu Mitarbeitern der militärischen Dienststellen geworden. Polnische und russische Kriegsgefangene wurden in Freiheit gesetzt, taten sich zusammen und erhoben Forderungen. Die Nazi-Verfolgten gründeten eine Vereinigung »ANTIFA« mit stark kommunistischem Einschlag und verlangten über die Parteigenossen, soweit sie nicht geflüchtet waren, zu Gericht zu sitzen.

In dieses Warten hinein kam der Befehl, daß alle männlichen Einwohner sich in der Kaserne zur Registrierung einzufinden hätten. Einen halben Tag saßen wir dort herum. Schließlich gelang es dem Inspektor Deiß, der einige Brocken Französisch konnte, mit einer Liste der männlichen Bediensteten des Amtes zu einem Capitaine vorzudringen, der ihm das Papier abstempelte und uns wieder entließ. Wir vermerkten mit Bitternis, daß die meisten Offiziere mit Reitpeitschen im Hof herumstolzierten.

Der Tag war aber noch nicht zu Ende, da wurden wir ins Sitzungszimmer des Landratsamts zusammengerufen und von einem Beauftragten des Stadtkommandanten und Leuten der ANTIFA unterrichtet, daß jeder von uns ein bis zwei Anzüge abzuliefern und Bettwäsche zu bringen habe, um Polen und Russen neu einzukleiden.

Fotoapparate und Rundfunkempfänger hatte die Bevölkerung schon in den ersten Tagen abliefern müssen. Dann wurden die Autos geholt, natürlich auch der Dienstwagen des Landratsamts. Das war nicht so schlimm, denn es durfte in der ersten Zeit ja doch niemand die Stadt verlassen.

Die Franzosen richteten sich allmählich ein und bauten draußen im Seehotel eine Militärregierung auf. Der Landrat mußte jeden Tag zum Befehlsempfang antreten. Er erfuhr, daß in den Gemeinden draußen die Bürgermeister von den Ortskommandanten abgesetzt und neue ernannt wurden, wobei natürlich in erster Linie anerkannte Nazi-Gegner oder -Verfolgte in Frage kamen. Dabei ergaben sich manche Mißgriffe. Der Fall in Bietingen stehe für alle:

Es war etwa im Sommer 1945, die Verhältnisse hatten sich etwas gebessert, da kam der Baron von Hornstein aus Bietingen zu mir und äußerte ernste Bedenken gegen den von den Franzosen eingesetzten Bürgermeister. Der Mann gefalle ihm gar nicht; er habe offenbar keine Ahnung von der Bürgermeisterei, niemand wisse, woher er komme und wer er sei. Trotzdem habe er bereits eine Bürgertochter geheiratet und eine große Hochzeit gefeiert. Ich solle doch bei den Franzosen vorstellig werden und um Überprüfung des Mannes bitten. Das tat ich dann auch und nach einiger Zeit wurde der Mann wieder hinter Gitter gesetzt. Der zuständige Offizier erzählte mir folgendes:

Beim Rückzug der deutschen Truppen aus dem Elsaß wurden die Insassen einer Strafanstalt evakuiert und in das Gefängnis nach Singen gebracht. Beim Einmarsch der Franzosen wurden die Gefängnistore geöffnet und alle Häftlinge freigelassen. Einer von ihnen verstand es, sich beim Ortskommandanten als Anti-Nazi zu empfehlen und richtig wurde er zum Bürgermeister von Bietingen ernannt. In Wirklichkeit war er ein Hochstapler und wegen verschiedener Betrügereien ins Gefängnis gekommen.

Im Juni 1945 wurde Landrat Dr. Kauffmann ohne Angabe von Gründen verhaftet und ins Konstanzer Gerichtsgefängnis gesperrt. Die Franzosen gaben zwar zu, daß ihm nichts vorzuwerfen sei, beriefen sich aber auf einen allgemeinen Befehl. Die Amtsleitung oblag nun mir und dem Regierungsrat Hassencamp. Dieser war kurz vor Kriegsende aus dem Saargebiet (wenn ich nicht irre) zurückversetzt worden nach Konstanz. Unsere Zusammenarbeit dauerte jedoch nicht lange. Die Franzosen begannen, die notwendigen Lebensmittel zur eigenen Versorgung und zur Versorgung der Zivilbevölkerung aus der örtlichen Landwirtschaft zu holen und erteilten eines Tages den Befehl, 150 Stück Großvieh abzuliefern. Regierungsrat Hassencamp erbot sich, deswegen mit dem Leiter des Landwirtschaftsamtes in die Dörfer hinauszufahren. Ein altes Auto stellten die Franzosen hierfür zur Verfügung. Die beiden kamen jedoch nicht weit; schon bei Böhringen wurden sie von einem französischen Militärfahrzeug gerammt und Regierungsrat Hassencamp mußte mit mittelschweren Verletzungen ins Krankenhaus nach Radolfzell gebracht werden. So wäre ich denn allein gewesen, hätte nicht Direktor Becker vom Oberversicherungsamt in Konstanz sich freundlicherweise zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Dafür war ich dankbar, denn die Arbeit begann immer mehr zu werden. Die Franzosen verlangten Erhebungen, Aufstellungen und Listen über alles und jedes.

Die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung wurde nur allmählich gelockert und die Ausstellung der Passier-

scheine (Laissez-Passer) erforderte viel Arbeit, ebenso die Registrierung und Beschilderung der Fahrräder. Innerhalb kürzester Frist mußten das Blech beschafft, die Schilder geschnitten und die Bemalung durchgeführt sein. Darauf folgte die Verteilung und die Registrierung der Fahrradeigentümer.

Die Militärverwaltung spielte sich so langsam ein. Auch das Landratsamt bekam wieder Fühlung mit den Bürgermeistern auf dem Lande. Die Franzosen setzten einen Fahrbereitschaftsleiter ein (Ingenieur Schlegel), der für den Einsatz der Kraftfahrzeuge verantwortlich war. Durch ihn bekam auch das Landratsamt wieder einen Dienstwagen. (Wie sich später herausstellte, war das Fahrzeug von den Franzosen bei der Firma Telefonbau & Normalzeit beschlagnahmt worden; es mußte später dieser Firma wieder zurückgegeben werden).

Die wilden Requisitionen durch die französische Truppe hörten langsam auf, beschlagnahmt wurde nur mehr aufgrund von Requisitionsscheinen, ausgestellt von der Militärregierung. Wir mußten beim Landratsamt ein Requisitionsamt einrichten, die vollzogenen Requisitionsscheine sammeln, registrieren und den Franzosen vorlegen. Dieses Requirieren betrieben die Franzosen sehr gründlich. Es diente nicht nur dazu, den eigenen Bedarf der Besatzungstruppe zu decken, sondern auch einen Großteil der requirierten Güter nach Frankreich zu schicken. Die Bürgermeister hatten keine gute Zeit, sie mußten aus der Bevölkerung das Letzte herausholen. Nicht nur landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Vieh, Schweine, Hühner, Milch, Getreide, Kartoffeln mußten abgeliefert werden, sondern auch eine Kleiderabgabe und eine Wäschesammlung (Leintücher) wurden auf dem Lande durchgeführt. Dennoch war die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ungenügend und schlechter als in den letzten Kriegsjahren. Auch die »Käfer-Linsen« konnten über die Not nicht hinweghelfen. Das Hamsterwesen blühte und die Bauern, das muß zu ihrer Ehre gesagt sein, wußten neben ihren Ablieferungspflichten immer noch einen Weg, den Stadtleuten ein wenig zu helfen. Auch aus der Schweiz kam Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen. Nach und nach bildete sich ein eigener Erwerbszweig heraus: Versand von Liebesgabe-Paketen.

Bitter war auch die Requirierung von Pferden, die von einem elsässischen Tierarzt rücksichtslos und hämisch durchgeführt wurde. Und doch hat ihn der Bürgermeister Keller von Langenrain bei der Zählung um drei Tiere beschummelt. Einige Tage später wurde Keller nach Radolfzell geholt und dort eingesperrt. Er hatte schon Sorge, es handle sich um die Pferde. Doch wie sich dann herausstellte, stand er im Verdacht, einer geheimen Organisation anzugehören, weil man an seinem Rockaufschlag einen blauen Nadelkopf bemerkt hatte. Nach drei Tagen kam er wieder frei.

Die Brennstoffversorgung der Bevölkerung war ebenfalls unzureichend. Um den notwendigsten Bedarf an Holz sicherzustellen, mußten Privatleute und Betriebe selbst im Wald die Bäume fällen. Auch die Bediensteten des Landratsamts zogen hinaus mit Säge und Beil. Gleichzeitig begannen die Franzosen, unsere Wälder abzuholzen, wobei forstliche Gesichtspunkte keine Rolle spielten. Die Folge war, daß sich der Borkenkäfer unheimlich ausbreitete und großen Schaden anrichtete, bis seine Bekämpfung endlich Erfolg hatte.

Auch die Wildschweinplage nahm überhand, da die deutsche Jägerschaft noch nicht zur Ausübung der Jagd zugelassen war und die Franzosen die Jägerei nur zum Vergnügen betrieben, ohne hegerische Absichten.

Die Berufsfischerei auf dem Bodensee wurde sehr bald wieder zugelassen, da die Franzosen den größten Teil des Fanges für sich beanspruchten. Verhandlungen mit der Schweiz in Fischereifragen führten sie selbst ohne Einschaltung des Landratsamts. Als ich einmal eine Absprache mit dem Schweizer Fischereiaufseher traf und die Franzosen davon erfuhren, waren sie grimmig erbost.

Die Grenze zur Schweiz wurde allmählich geöffnet und Tagesscheine zum Übertritt nach Kreuzlingen wurden ausgegeben. Mein erster Besuch beim Kreuzlinger Statthalter Raggenbass wird mir wegen der freundlichen Aufnahme, die ich dort fand, stets in angenehmer Erinnerung bleiben.

Die Verkehrsverhältnisse kamen nur langsam ins Gleichgewicht. Die Eisenbahn hatte keine Kohlen, die Lokomotiven mußten mit Brennholz geheizt werden, weswegen nur wenige Züge verkehrten, die stets überfüllt waren. Für die wenigen Autos, die der deutschen Bevölkerung zur Verfügung standen, fehlten die Reifen und das Benzin; viele Wagen wurden auf Holzvergaser umgebaut. Die Straßen waren in einem unbeschreiblich schlechten Zustand, da ja schon jahrelang nichts mehr daran gemacht worden war.

Landrat Dr. Kauffmann wurde nach etwa zwei Monaten wieder aus der Haft entlassen, durfte aber seinen Dienst nicht wieder aufnehmen. Dafür erschien eines Tages ein Herr auf dem Amt, der sich als Dr. Nordmann vorstellte und erklärte, er sei von der Militärregierung zum Landrat von Konstanz bestellt worden. Er sei vor dem Krieg als Regierungsrat in Nordbaden tätig gewesen, habe aus rassischen Gründen auswandern müssen, sich in Frankreich und zuletzt in der Schweiz aufgehalten und habe nun den Franzosen seine Mitarbeit angeboten. Er sprach sehr gut französisch und war deshalb bei den Leuten der Militärregierung gerne gesehen. Da das Amt im Verkehr mit der Militärregierung bisher auf Dolmetscher angewiesen war, was sich insbesondere bei Besprechungen immer hemmend auswirkte, waren die Sprachkenntnisse Dr. Nordmanns sehr von Vorteil. Es gelang ihm bald, sich bei den Franzosen Gehör zu verschaffen. Er fand sich mit den Verhältnissen sehr gut zurecht; die ganze Verwaltungstätigkeit lief ja nicht nach den altgewohnten Regeln, sondern nach täglich neu erscheinenden Anordnungen der Militärregierung. Dr. Nordmann

war aufrichtig bemüht, sein Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten. Er bezog die Dienstwohnung im Amtshaus (Dr. Kauffmann mußte nach seiner Absetzung ja ausziehen), benötigte aber nur einen Teil davon und gab den andern Teil für Bürozwecke frei, denn es bestand arge Raumnot.

Es blieb ihm nicht erspart, viele unangenehme Dinge durchführen zu müssen. Auf Weisung der Franzosen hatte eine Überprüfung aller Einwohner auf ihre Zugehörigkeit zur NSDAP und ihre Tätigkeit darin zu erfolgen. Jeder mußte einen Fragebogen ausfüllen und alle Einzelheiten über sein politisches Vorleben angeben. Mit den Leuten der ANTIFA wurden dann Kommissionen gebildet, die diese Fragebogen zu prüfen hatten. Wer irgendwie bei der NSDAP oder ihren Gliederungen maßgeblich mitgearbeitet hatte, wurde kurzerhand vom Dienst suspendiert. Auch das Landratsamt verlor auf diese Weise einige bewährte alte Mitarbeiter. Die Ausfüllung der entstandenen Lücken war besonders schwierig, weil sich unter der Marke »Nazi-Verfolgter« gedeckt von den Franzosen, allerhand fragliche Leute in die Verwaltung einschleichen wollten. Insbesondere bei der Polizei, der Gendarmerie und der Kriminalpolizei waren die Franzosen darauf bedacht, nur Leute ihrer Wahl in die führenden Stellungen zu bringen.

Oft verursachten Kleinigkeiten die größte Aufregung bei den Franzosen. Dafür ein Beispiel:

Viele Konstanzer Bürger hatten bei Kreuzlingen im sogenannten »Tägermoos« Grundstücke, die sie seit dem Einmarsch der Franzosen wegen der Grenzsperre nicht mehr bewirtschaften konnten. Dr. Nordmann erreichte bei der Militärregierung die Erlaubnis, daß diese Leute wieder ins Tägermoos durften. Es mußte eine Liste aufgestellt werden für die Ausgabe von Grenzkarten, jedoch mit der Weisung, daß kein früherer Parteigenosse dabei sein dürfe. Das Paßamt stellte die Liste (mit einigen hundert Leuten) zusammen. Die Sache lief gut an, bis nach einigen Tagen Dr. Nordmann höchst aufgeregt und wütend von der Militärregierung zurück kam und die sofortige Entlassung des Leiters der Paßabteilung verfügte. Es war ihm dies befohlen worden, weil auf der Liste der Tägermoos-Leute sich auch ein Bewerber befand, von dem die Franzosen behaupteten, er sei ein führender Nazi gewesen.

Etwa im Herbst 1945 übernahm Dr. Nordmann zu seinem Amt als Landrat noch die Aufgaben des Landeskommissärs. Bis dahin hatte noch der frühere bejahrte Landeskommissär Wöhrle die Stellung gehalten und war von den Franzosen in keiner Weise behelligt worden. Er wurde von Dr. Nordmann im Beisein der Landräte des Landeskommissärbezirks formell verabschiedet. Dr. Nordmann bezog nun die Diensträume im Landeskommissärsgebäude an der Rheinbrücke, während im Landratsamt ich als sein Stellvertreter den Dienst zu versehen hatte.

Bei der Landkreisverwaltung gab es noch wenig zu tun. Dort hatte der bewährte alte Amtmann Bethäuser die Dinge fest im Griff; Arbeit gab es eigentlich nur beim Wohlfahrts- und Jugendamt. Die Berufsschulen waren alle für andere Zwecke beschlagnahmt, die Schulküchen größtenteils ausgeplündert. Das Gebäude der Haushaltungsschule auf der Mettnau war von den Franzosen belegt, die Landwirtschaftsschule ebenso. An eine Instandsetzung der Kreisstraßen war auch nicht zu denken.

Mit unverminderter Besetzung arbeiteten das Ernährungs- und das Wirtschaftsamt weiter. Die amtlichen Zuteilungen an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern reichten nicht aus und mußten irgendwie ergänzt werden. Man begann zu »kompensieren«: Backsteine gegen Kartoffeln, Zement gegen Salz usw., getauscht wurde alles Erdenkliche. Mit der Reichsmark konnte man nichts anfangen, in den Geschäften gab es nur Ramschware und Ladenhüter zu kaufen; etwa noch brauchbare Dinge waren versteckt und harrten ihrer Auferstehung nach einer Währungsreform. Die Geldbestände bei den Banken waren von den Franzosen genauestens erfaßt worden. Die Auszahlung unserer Gehälter geschah aus Beständen der Reichsbanknebenstelle Konstanz.

Im Spätherbst 1945 trafen die ersten Nachrichten ein, daß in Freiburg von den Franzosen eine Art deutsche Landesverwaltung eingerichtet werde und zwar für das südbadische Gebiet der französischen Besatzungszone. Die Alliierten hatten quer durch Baden und Württemberg die Besatzungsgrenze gezogen und Nordbaden und Nordwürttemberg zur amerikanischen, Südbaden und Südwürttemberg zur französischen Besatzungszone geschlagen. Der Übertritt von der einen in die andere Zone war lange Zeit sehr erschwert und wurde erst nach und nach gelockert. Die Verhältnisse in der amerikanischen Zone waren, was die Lebensmittelversorgung anbelangt, besser. Auch wehrmachtentlassene Heimkehrer gingen lieber zuerst in die amerikanische Zone, weil sie in der französischen noch vielfach als Gefangene nach Frankreich verbracht wurden. Die Franzosen dachten gar nicht daran, die Kriegsgefangenen zu entlassen. So kam es, daß in der französischen Zone – so auch in Konstanz – viele deutsche Kriegsgefangene herumliefen, die bei den Franzosen arbeiten mußten. Viele Kriegsgefangene in Frankreich mußten noch nach ihrer Entlassung aufgrund eines Arbeitsvertrages in Frankreich bleiben. Die Franzosen richteten ein Entlassungslager in Baden-Baden und eines in Tuttlingen ein und jeder in Südbaden ansässige Wehrpflichtige mußte sich von dort seine Entlassungspapiere holen.

Nachdem die zentralen deutschen Dienststellen in Freiburg, zusammengefaßt unter dem Namen »Landesverwaltung Baden«, errichtet waren, begann sich auch die Verwaltungsarbeit wieder mehr weisungsgebunden zu entwickeln. Bis dahin war alles nach eigenem Gutdünken oder nach Weisung der Militärregierung durchgeführt worden. Seit Frühjahr 1946 erschien wieder ein deutsches Verordnungsblatt, genannt »Amtsblatt der Landesverwaltung Baden« mit den Anordnungen, Bekanntmachungen und Rundschreiben

für die verschiedenen deutschen Dienststellen und die Öffentlichkeit. Bisher hatte es für uns zwei französische Nachrichtenblätter gegeben (mit deutscher Übersetzung) und zwar das »Journal Officiel«, in welchem die Kontrollratsgesetze und die Verordnungen der französischen Militärregierung für Baden erschienen, und das »Bulletin d' Information«, das die Anordnungen der örtlichen Militärregierung brachte.

Nachdem schon frühzeitig die Wiederzulassung der politischen Parteien durch die Franzosen verfügt worden war, begannen im Sommer 1946 die Vorbereitungen für die Gemeindewahlen und für die Wahlen zu den Kreisversammlungen. Sie wurden im Spätherbst durchgeführt. Bald darauf wurde die beratende Landesversammlung für Baden gebildet mit der Aufgabe, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten.

Die Vorbereitungen für diese Wahlen machte ich nicht in Konstanz mit. Dr. Nordmann eröffnete mir eines Tages, ich müsse nach Lahr, weil ich dort mit der kommissarischen Führung der Dienstgeschäfte des Landrats beauftragt sei. Ende August 1946 traf ich dort ein. Bis dahin war Justizrat Lenssen von den Franzosen als Landrat eingesetzt gewesen. Er hatte sich aber beim Militärgouverneur unbeliebt gemacht und deswegen Stadtverweis bekommen. Er hielt sich in Mahlberg auf, wo wir uns bei meiner Anreise trafen. Erst nach Einbruch der Dunkelheit wagte er es, mich nach Lahr zu begleiten und gleichzeitig seine Familie zu besuchen.

Die Gemeinde- und Kreiswahlen verursachten viel Arbeit und waren bei der Unerfahrenheit des Gemeindepersonals mit manchen Schwierigkeiten verbunden. Ein Schauspiel besonderer Art war die erste Sitzung der neugewählten Kreisversammlung. Sie fand in einem Gasthaussaal statt, die Öffentlichkeit war stark vertreten. Die einzelnen Parteiredner stellten Programme auf, als ob wir den Krieg gewonnen hätten, so daß ich immer wieder bremsen und auf die beschränkten Möglichkeiten hinweisen mußte, die uns zustanden.

Im Dezember hätte Dr. Cuno das Amt des Landrats in Lahr übernehmen sollen, er erkrankte jedoch und ich mußte weiterhin die Amtsgeschäfte wahrnehmen. Im Februar 1947 fand eine Umbesetzung statt; Dr. Cuno kam als Landrat nach Rastatt und der dortige Landrat Uhrig nach Lahr. Ich selbst wurde als kommissarischer Landrat nach Konstanz zurückversetzt. Anfang März nahm ich meinen Dienst dort wieder auf.

Landrat und Landeskommissär Dr. Nordmann war inzwischen zum Staatssekretär des Badischen Ministeriums des Innern ernannt worden. Als Mitarbeiter war noch Regierungsrat Trippel da, der kurz vor meinem Weggang nach Lahr hierher versetzt worden war. Seine ausgezeichneten Eigenschaften als Verwaltungsjurist, seine gewinnende Art und seine echte Kameradschaft machten ihn mir zu einem wertvollen »Kompagnon«. Wir haben das Amt tatsächlich gemeinsam geführt. Ich habe sehr viel von ihm gelernt und seine Erfahrung (er war ja während des Krieges schon in Gebweiler/Elsaß Landrat gewesen) mir zunutze machen können. Leider wurde er im Februar 1948 (eben wegen seiner Tätigkeit im Elsaß) von den Franzosen des Dienstes enthoben. Es dauerte lange Zeit, bis sein einwandfreies Verhalten im Elsaß erwiesen war und er wieder in den Staatsdienst zurückkehren durfte. Außerdem traf ich noch Landrat Lenssen, den ich in Lahr abgelöst hatte, hier als Regierungsrat wieder; er wurde aber bald wieder wegversetzt.

Im Frühjahr 1947 begannen die Vorbereitungsarbeiten für die Landtagswahlen und den Volksentscheid, durch den über die Verfassung entschieden werden mußte, die von der Landesversammlung ausgearbeitet worden war. Am 18. Mai 1947 fanden die Wahlen und der Volksentscheid statt; die Verfassung wurde gebilligt. Damit war ein Aufbauwerk abgeschlossen, das Land Südbaden auf verfassungsrechtliche Grundlagen gestellt. Auch der Aufbau der deutschen Verwaltung konnte dadurch abgeschlossen werden.

Die Bürgermeisterversammlungen bekamen wieder anderen Gesprächsstoff als Ablieferungspflichten und Verteilungsschwierigkeiten. Die neue Gemeindeordnung vom März 1947 war zu verarbeiten.

Auch die Landrätebesprechungen wiederholten sich nun häufiger. Aufgaben und Stellung der Landräte wurden in einer Verordnung festgelegt. Verschiedene Umbesetzungen wurden notwendig. Im Nachbarkreis Überlingen wurde Landrat Illner für einige Zeit beurlaubt und ich mit seiner Vertretung in der Weise beauftragt, daß ich mich, sooft es die Dienstgeschäfte erforderten, nach Überlingen zu begeben hatte. Dies geschah meist einmal in der Woche. In Überlingen traf ich wieder Regierungsrat Hassencamp, der seinen Autounfall vom Jahre 1945 gut überstanden hatte.

Im Verlauf des Jahres 1947 konnten auch die Vorarbeiten für den Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit abgeschlossen werden. Es wurden drei Verwaltungsgerichte erster Rechtsstufe eingerichtet, eines davon in Konstanz. Der Vorsitz wurde mir als dem kommissarischen Landrat übertragen. Es galt nun, mit dem Personal des Landratsamts eine Geschäftsstelle einzurichten. Anfang 1948 konnten die ersten Termine abgehalten werden; als Verhandlungsraum diente das Sitzungszimmer im Landratsamt.

Auf dem Gebiet der Kreisverwaltung war es möglich, die Haushaltungsschulen in Engen und in Radolfzell wieder zu eröffnen, hier im Gebäude auf der Mettnau allerdings nicht, da es nach Freigabe durch die Franzosen von der Landespolizei belegt war.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1948 wurde vom Leiter des Ernährungsamtes, Behrens, aufgestellt, da Kreisamtmann Bethäuser verstorben war und ein Nachfolger nicht sogleich gefunden werden konnte.

Viel Ärger und Schwierigkeiten bereitete der Wiederaufbau der freiwilligen Feuerwehren. Die Franzosen hatten durch eine überscharfe Entnazifizierung der Feuerwehrleute jegliche Bereitschaft zur Mitarbeit un-

tergraben. In der ersten Zeit durften die Wehren überhaupt nur eine beschränkte Mitgliederzahl haben.

In diese Zeit fällt auch die sogenannte »Demontage«, zu deutsch die willkürliche Wegnahme von Maschinen und Fertigungseinrichtungen aus unseren Fabrikbetrieben.

Im März 1948 wurde das Landratsamt Konstanz vom Innenministerium verständigt, daß der für die Stelle des Landrats in Konstanz vorgesehene Ministerialrat des hessischen Finanzministeriums, Dr. Rudi Belzer, seinen Dienst alsbald antreten werde, und daß ich dem Amt als Zweiter Beamter zugeteilt bleibe. Dr. Belzer wurde durch Innenminister Dr. Schühly der Kreisversammlung in öffentlicher Sitzung vorgestellt und trat seinen Dienst am 4. 4. 1948 an.

Ich selbst wurde im Juni 1948 mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Landrats des Kreises Villingen beauftragt. Am Tage nach der Währungsreform, mit einigen D-Mark in der Tasche, hielt ich Einzug in Villingen, betreut von Regierungsrat Trippel, der noch immer auf seine Indienststellung wartend, mich bei seinen Eltern in Villingen einführte, mir die Stadt und Umgebung zeigte und viel Wertvolles über Land und Leute erzählte.

Vom Hegau anno 1842

Im Bereich spätromantisch-biedermeierlicher Landschafts- und Reisebeschreibungen, wie sie die Mitte des 19. Jahrhunderts uns in reichem und in unserm Zeitalter mittels Reprints wiedererwecktem Maß bescherte, nehmen die mit qualifizierten Stahlstichen versehenen Werke des Darmstädter Gustav Georg Lange Verlags einen besonderen und hervorragenden Platz ein. Am bekanntesten die Rheinbände, für unsere Hegaulandschaft jedoch in erster Linie zuständig »Das Großherzogtum Baden in malerischen Original-Ansichten seiner interessantesten Gegenden, seiner merkwürdigsten Städte, Badeorte, Kirchen, Burgen, und sonstigen ausgezeichneten Baudenkmälern alter und neuer Zeit. Nach der Natur aufgenommen von verschiedenen Künstlern, und in Stahl gestochen von Joh. Poppel im Vereine mit den ausgezeichnetsten Stahlstechern unserer Zeit. Begleitet mit einem historisch-topographischen Text«. Dieser 432 Textseiten umfassende Band erschien bereits 1842. – Johann Gabriel Friedrich Poppel war 1807 in Lauf bei Nürnberg geboren, er wirkte als Maler und Stecher, war vor allem Mitarbeiter von Frommel und Lange und begründete eigens eine Stahlstichanstalt in München, die sich ganz auf Städte- und Landschaftsansichten spezialisierte; 1882 verstarb er im Oberbayrischen. – Was den Anonymus der Textabfassung angeht, so dürfte es sich dabei eindeutig um Eugen Huhn handeln, dessen Lebensdaten weiter nicht bekannt: er gilt auch als Verfasser der Erstauflage des »Universallexikons von Baden« (1841) sowie des Bändchens »Baden-Baden, das Murgthal, Renchthal, Wildbad und Umgebungen« (Von Dr. E. H. Th. Huhn, mehrerer gelehrten Gesellschaften und Vereine Mitglied u.s.w.«, Lahr, Schauenburg, 1868); des weitern schrieb er »Gedichte« (Karlsruhe 1841, J. Loreye gewidmet), anonym ferner das Drama »Berthold von Zähringen« (1855) und schließlich unter dem Pseudonym Peter Spindel die politische Reimsatire »Der badische Reinecke Fuchs und seine Gesellen« (1849).

An Stahlstichen, die sich allesamt durch gute künstlerische Qualität und zeitgemäße Idyllik auszeichnen, finden sich für unsere Landschaft (hier in alphabetischer Folge aufgeführt): »Engen / Hohenhöwen / Hohenkrähen / Hohenstoffeln / Hohentwiel und Fernsicht von Constanz und den Bodensee / Hohentwiel und Singen / Radolfzell am Bodensee / Stockach von Loretto aus«. Alle diese Blätter sind heute sehr begehrt, keines von ihnen wird in der Regel unter 100 DM gehandelt.

Uns interessiert hier vorab das 19-seitige Kapitel »Die Burgen des Hegaus«. Es schließt an »Breisach und der Kaiserstuhl« an und wird vom »Badischen Odenwald« gefolgt. Zunächst hatte der Verf. die größeren badischen Städte gewürdigt, danach »Das Neckarthal«, »Das Hanauer Land« und vor allem den »Schwarzwald« behandelt.

»Im badischen Seekreise liegt ein Hügelland, wohlbebaut und nicht minder fruchtbar, mit zahlreichen Orten bedeckt und eben so stark bewohnt, das Hegau, oder Höhgau, so benannt wegen der zahlreichen Bergkegel, welche sich isolirt erheben und meistens mit Burgruinen gekrönt sind. Er gränzt südlich an den Rhein, westlich an den Klekgau (= Klettgau) und Albgau, nördlich an die Baar. . .und östlich an den Linzgau, nahm also fast den Umkreis der nachmaligen Landgrafschaft Nellenburg ein und reichte vom Bodensee und Rhein über einen Theil des Randen und des Aachthal bis zur Tuttlinger Höhe. Der Flächenraum betrug gegen 15 (Quadrat) Meilen und an fünfzigtausend Menschen wohnten in acht Städten und mehr als hundert Dörfern. . .«. Mit solch präzisen Angaben leitet der Verf. sein Hegaukapitel ein. Alsdann berichtet er kurz von den »Hauptmalstätten« (= Hauptgerichtsorten) Stockach und Radolfzell und: »Dem Gaue standen eigene Grafen vor, von welchen wir schon im achten Jahrhundert Kunde haben. Im Jahre 787 unterzeichnete zu Singen ein Munhing als Stellvertreter des Grafen eine Urkunde; 788 war Ulrich Gaugraf . . . Später kam der Gau an Pipin, Sohn Karls des Großen . . . Ludwig 1083–1101, wahrscheinlich aus dem Hause Stoffeln, und von da an waren die Grafen von Nellenburg im Besitze des Gau's und nannten sich deshalb auch Landgrafen im Hegau . . .«.

Doch dürfte es uns hier weniger um die historischen Kenntnisse des Verf. als um seinen Standpunkt und